

Antrag Öffentlich	Datum 01.10.2002	Nummer A0114/02
Absender SPD-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg		Wird von der Verwaltung ausgefüllt. Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Heini Alter Markt 1 39090 Magdeburg		am 17.10.2002 14:00
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 17.10.2002 14:00	
Kurztitel Bedarfsanalyse für den individuellen Wohnungsbau		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2002 eine Analyse des mittelfristigen Bedarfes an Flächen für den individuellen Wohnungsbau vorzulegen, mit der Zielsetzung, dem Stadtrat eine Entscheidungsgrundlage für eine angemessene und an der Nachfrage ausgerichtete Steuerung des vorzuhaltenden Flächenpotentials zu geben.

Inhaltliche Schwerpunkte sollten die folgenden Aspekte sein:

- Analyse der Nachfragesituation anhand der erteilten Baugenehmigungen
- Prognose der Bevölkerungsentwicklung im erwerbsfähigen Alter
- Darstellung des erreichten Auslastungsgrades der ausgewiesenen B-Plan Gebiete
- Ermittlung des Potential der durch Aufstellungsbeschlüsse in Planung befindlichen Flächen
- Schätzung der durch die Folgekosten nach Eigentumsübergang mittelfristig entstehenden Haushaltsbelastungen für öffentliches Grün und Straßenunterhaltung

Begründung:

Im Stadtumbaukonzept 2002 ist festgestellt worden, dass seit dem Jahr 1999 ein Rückgang der Nachfrage nach Flächen für den Eigenheimbau zu verzeichnen ist. So wurden 2002 laut Amt für Statistik nur noch 393 Ein- und Zweifamilienhäuser gegenüber 535 im Jahr 1998 fertiggestellt. Der prognostizierte weitere Rückgang der Bevölkerung, verbunden mit der aus der Bevölkerungsstruktur bereits jetzt ablesbaren Verringerung der Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter, lassen keine Umkehrung des gegenwärtigen Trends erwarten. Dem gegenüber befindet sich ein großes Flächenpotenzial im Eigentum privater Anbieter als auch im Eigentum der Landeshauptstadt gegenwärtig am Markt. Darüber hinaus befindet sich eine Vielzahl von Bebauungsplänen im Planungszustand. Der Antrag zielt darauf ab, eine Grundlage für fundierte Entscheidungen zur weiteren Stadtentwicklung zu schaffen und somit eine dem Bedarf angepasste Flächenausweisung zu erzielen, die im Einklang mit den Grundsätzen des sparsamen Flächenverbrauchs, dem Entgegenwirken weiterer Suburbanisierung und der notwendigen Begrenzung der Folgekosten für die Landeshauptstadt steht.

Dagmar Paasch
Fraktionsvorsitzende